

SPD-Ortsvereine aus Waiblingen und Leutenbach beantragen Parteiausschluss von Gerhard Schröder

Immer mehr Gliederungen der SPD fordern einen Ausschluss des früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder aus der Partei. Jüngst haben sich auch die Ortsvereine aus Waiblingen und Leutenbach dazu entschlossen, ein entsprechendes Parteiordnungsverfahren gegen Schröder einzuleiten.

Der Ex-Kanzler sieht sich parteiübergreifender Kritik ausgesetzt, weil er trotz des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine an seinen Posten bei Gazprom und Rosneft festhält. Mehrere Politiker der SPD, darunter Parteichef Lars Klingbeil, haben Schröder daher zu einem Ämterverzicht und zu einer Distanzierung von Putin aufgefordert. Ein entsprechendes Ultimatum des SPD-Parteivorstands hat Schröder aber verstreichen lassen.

In ihrem Antrag auf Parteiausschluss erklären die Ortsvereine, dass Schröders Engagement den Grundsätzen der SPD als Friedenskraft in Deutschland und Europa widerspräche. Durch seine Arbeit für bei russischen Energiekonzernen habe er dem Angriffskrieg erheblichen Vorschub geleistet.

Daher sei, so die Vorsitzende der Waiblinger SPD, Agnes Gabriel, eine weitere Parteimitgliedschaft Schröders nicht mehr vorstellbar. „Schröders Verhalten wird nicht nur mit ihm als Privatperson in Verbindung gebracht, sondern auch mit der gesamten Partei – er schadet dadurch der gesamten Sozialdemokratie“, ergänzt Pierre Orthen vom Leutenbacher SPD-Ortsverein.

Neben den Leutenbacher und Waiblinger Sozialdemokraten hat unter anderem bereits der Heidelberger SPD-Kreisverband ein Parteiordnungsverfahren gegen den früheren Kanzler und Parteichef eingeleitet. Über die Mitgliedschaft des in Hannover lebenden Schröders muss jetzt die Schiedskommission des SPD-Unterbezirks Hannover entscheiden. Aufgrund der Komplexität des Verfahrens wird davon ausgegangen, dass eine Entscheidung über einen Parteiausschluss erst in mehreren Wochen oder Monaten getroffen wird.